

# **Sozialer Raum und Denkmalinventar**

Vorgehensweisen  
zwischen Erhalt, Verlust, Wandel  
und Fortschreibung

---

Veröffentlichung des Arbeitskreises  
Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 17

Jahrestagung in Leipzig, 4. bis 6. oktober 2007  
Sozialer Raum und Denkmalinventar

---

© 2008  
AK Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V.  
und bei den Autoren

Herausgeber

Birgit Franz und Gabi Dolff-Bonekämper

Redaktionelle Bearbeitung:  
Birgit Franz  
Gabi Dolff-Bonekämper

Titelbild und Abbildungen der Kapitelvorsatzblätter  
von Birgit Franz (2007)

Herstellung:  
Michel Sandstein GmbH, Dresden

Druck:  
Stoba-Druck GmbH, Lampertswalde

ISBN 978-3-940319-42-5  
Sandstein Verlag, Dresden

---

# Inhalt

---

<b>Vorwort</b>	<b>7</b>
<b>SOZIALER RAUM – STADTRAUM – DENKMALRAUM</b>	
BERND EULER-ROLLE <b>Inventarisierung und öffentliches Interesse</b>	<b>10</b>
Max Dvořáks Konzept für den ersten Band der Österreichischen Kunsttopographie	
MATTHIAS NOELL <b>Vom vergeblichen Sammeln, Sortieren und Erfassen der Monumente</b>	<b>16</b>
Das Denkmalinventar als Sammlungsersatz	
MARK ESCHERICH <b>Bemerkungen zu Inventarisierung und Erhaltung von Stadträumen und Bauten der DDR-Moderne</b>	<b>22</b>
<b>LEIPZIG</b>	
WOLFRAM GÜNTHER <b>Bürgerengagement und wenig geliebte Denkmale</b>	<b>28</b>
<b>DENKMALBEGRIFF – INVENTARISATION – INVENTARE</b>	
THOMAS GUNZELMANN <b>Inventarisierung und räumliche Strukturen am Beispiel des Inventars Bamberg</b>	<b>36</b>
ACHIM HUBEL <b>Inventare: Geschichte – Wandlungen – Perspektiven</b>	<b>45</b>
VOLKMAR EIDLOTH <b>Das Baudenkmal in seiner Umgebung</b>	<b>53</b>
Umgebungsschutz als konservatorischer Auftrag	
IRMHILD HECKMANN-VON WEHREN <b>Revision und Nachqualifizierung der Bayerischen Denkmalliste</b>	<b>61</b>
BETINA KAUN <b>Der Denkmalbegriff im Circulus Vitiosus von Monument und Dokument</b>	<b>66</b>
oder die Krise des Denkmalbegriffs	
INGRID BROCK <b>Integrationsfähigkeit der Ergebnisse denkmalpflegerischer Bestandsaufnahmen in die Stadtplanung</b>	<b>72</b>

## AKTUELLE THEMEN

ANTON PÄRN

**Staatliche Programme für Baudenkmalverwahrung in Estland  
am Beispiel der Landgutsschulen**

76

MATTHIAS LUDWIG

**Zwischen Umbruch und Abbruch ...**

80

Zur aktuellen Situation evangelischer Kirchengebäude in Deutschland

## POSTNATIONALER DENKMALBEGRIFF – INVENTARISATION

SABINE COADY SCHÄBITZ

**Whose heritage is it anyway?**

84

Denkmalschutz und Integration in Großbritannien

GABI DOLFF-BONEKÄMPER

BIAGIA BONGIORNO

**Fremdes Erbe – Eigenes Erbe. Berliner Orte der Migrationsgeschichte**

92

MICHAEL S. FALSER

**Places that count: Zum Konzept des Traditional Cultural Property in der US-Denkmalpflege**

97

ANCA HANNA DERER

**Das Auge des Anderen – Rumänien im Wandel**

102

PROF. DR.-ING. BIRGIT FRANZ UND PROF. DR.-ING. GEORG MAYBAUM

**Verlorene Inventare – Befunde aus persönlicher Erinnerung**

108

Wenn Enkel mehr als Töchter und Söhne werden wissen wollen: Aufnahme in Mittelhessen in den  
späten 1940er Jahren und Vernichtung des Seilnetzühlturmes in Uentrop-Schmehausen 1991

## ANLAGEN

Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege e. V.

114

Bisherige Publikationen des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e. V.

116

# Bürgerengagement und wenig geliebte Denkmale

WOLFRAM GÜNTHER

Der Denkmalschutz befindet sich heute in den neuen Bundesländern in einer existentiellen Krise. Eine Abbruchwelle ist in Gang gekommen, der schon Tausende Denkmale zum Opfer gefallen sind. Ursachen sind nicht nur die Spätfolgen der Vernachlässigung in der DDR, sondern neuerdings finanzielle Anreize des Staates zum Abbruch, speziell in Sachsen gekoppelt mit einer konsequenten Abbruchpolitik. Die institutionelle Denkmalpflege wird zunehmend marginalisiert. Doch Denkmalschwund und damit verbundener Verlust an Heimat und Entwicklungspotential führen zu wachsendem Widerstand in der Bevölkerung. Dort wo die institutionelle Denkmalpflege an ihre Grenzen gelangt, machen sich zunehmend die Bürger selbst zum Anwalt des Denkmalschutzes. Auch wenn hier der Raum fehlt, die Problematik in ihrer gesamten Komplexität darzustellen, soll sie zumindest schlaglichtartig beleuchtet werden.

## Denkmale als Herausforderung und Chancen – Situation in Sachsen

Verfall und geplante Zerstörung der historischen Städte (flächiger Umbau zu Plattenbaugebieten) in der DDR waren 1989 zwei der Gründe, die die Menschen auf die Straßen getrieben haben. So fand, initiiert von Künstlern und Architekten, im Januar 1990 unter aktiver Teilnahme von rund 1.000 Bürgern die »1. Leipziger Volksbaukonferenz« statt. In der Leipziger Volkszeitung hieß es dazu:<sup>1</sup> »Die Konferenzteilnehmer rechneten schonungslos mit der verfehlten Baupolitik vergangener Jahrzehnte ab, die zu rapidem Verfall der Bausubstanz und zu uniformierten Neubaugebieten führte. Sie forderten mehrheitlich, der Erhaltung der Bausubstanz absolute Priorität gegenüber dem Neubau einzuräumen.« Sachsens Regierung beschrieb die Herausforderung bezogen auf den Denkmalschutz noch 1995:<sup>2</sup> »Denkmalschutz und Denkmalpflege stehen im Freistaat seit der Wiedervereinigung Deutschlands vor einer einmaligen historischen Herausforderung. Sachsen ist reich an geschichtsträchtigen und kunsthistorisch wertvollen Denkmalen; die Pflege dieser Denkmalsubstanz wurde jedoch über Jahrzehnte sträflich vernachlässigt.«

Heute erfolgt Denkmalvernichtung vor dem Hintergrund eines dramatischen Bevölkerungsrückgangs (Einwohner Sachsens 1990: 4,91 Mio. 2003: 4,32 Mio. 2020 erwartet 3,79 Mio.).<sup>3</sup> In ganz Ostdeutschland steht knapp ein Fünftel der insgesamt 7,4 Mio. Wohnungen leer.<sup>4</sup> Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsge-

nossenschaften kämpfen mit dauerhaften Leerständen und Schulden in Milliardenhöhe (Altschulden für die Errichtung der Plattenbaugebiete in der DDR sowie Nachwendeeinvestitionen<sup>5</sup> – oft gleichfalls in die Platte). Die Antwort der Politik auf diese Probleme ist das Programm »Stadtumbau Ost« – anfänglich auch gar nicht zur Rettung der Städte konzipiert, sondern zu dem der Wohnungsunternehmen. Diese erhalten für den Abbruch von Wohngebäuden – auch von Baudenkmalen – pauschale Abbruchprämien pro Quadratmeter und einen anteiligen Altschuldenerlass. Die Anreize sind dabei so hoch, dass nicht selten Häuser gezielt entmietet und etwaige Kaufangebote zum Marktwert übergeben werden.

Stadtumbau könnte jedoch auch als Chance begriffen werden, bestehende Strukturen nachhaltig anzupassen und zu verbessern. Dazu müssten in Analysen und Diskussionen (auch Wertediskussionen) Parameter gefunden werden, mit deren Hilfe Strukturen in verzichtbare und zukunftsfähige unterteilt werden. Es besteht die Chance, Städte und Landschaften attraktiver zu machen und insbesondere Bausünden der Vergangenheit zu beseitigen. Wie für den gesamten »Aufbau Ost« sollte als Zielvorgabe des Stadtumbaus gelten: »Stärken stärken«.

Zu den deutlichen Stärken und langfristig ausbaubaren Standortvorteilen der östlichen Bundesländer gehört die im Vergleich zum Westen enorme Dichte historischer Bausubstanz. Sachsen ist im Verhältnis zu seiner Fläche das denkmalreichste Bundesland.<sup>6</sup> Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts behauptete es sich für etwa 100 Jahre als eines der wichtigsten und reichsten wirtschaftlichen Zentren Europas. Dies schlug sich in anspruchsvollen städtebaulichen Leistungen nieder. Vom Spätklassizismus über die Gründerzeit bis in die 1930er Jahre entstanden Bauensembles und Einzelbauten, die schon bei den Zeitgenossen für Aufmerksamkeit sorgten. Wegen der östlichen Lage blieben die Verheerungen der Weltkriegsbombardements weit hinter denen im Westen. Während der Modernisierungswellen der 1950er bis 70er Jahre, denen in der alten Bundesrepublik ein Großteil der verbliebenen Altbaubestände durch Abbruch und entstellende Umbauten zum Opfer fiel, blieben die Bestände in Sachsen aus schlichtem Geldmangel überwiegend unangetastet. 2001 erklärte die sächsische Regierung:<sup>7</sup> »Wie lässt sich die relativ hohe Zahl von Denkmalen aus dieser Zeit [1871–1918] im Freistaat Sachsen erklären? Die Denkmalerfassung orientiert sich bezüglich der Denkmalfähigkeit und Denkmalwürdigkeit an den in der Bundesrepublik Deutsch-

land seit 1975 entwickelten Maßstäben. Da in der DDR nach 1945 eine Modernisierung der Verkehrswege und vorhandenen Gebäude unterblieb, die in der alten Bundesrepublik mit einem erheblichen Verlust erhaltungswürdiger Bausubstanz verbunden war, ergibt sich für Sachsen eine vergleichsweise hohe Anzahl von Denkmalen aus der Zeit des Deutschen Kaiserreiches von 1871 bis 1918.« Hinzu kamen seit den späten 1940er Jahren in dieser auch für die DDR wichtigen (Außen-)Wirtschaftsregion anspruchsvolle Repräsentationsbauten und Vorzeige-Bauensembles.

Attraktive und unverwechselbare Städte mit hohem Denkmalbestand dienen nun wegen ihres identitätsstiftenden Wertes dem Kampf gegen die Abwanderung und sind zugleich anziehend für Touristen und Neubewohner. Urbane historische Quartiere gelten wieder als attraktive Alternative zum Wohnen und Arbeiten an den Stadträndern. Hier können durch Investitionen nachhaltig Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden. 2006 erklärte die sächsische Regierung:<sup>8</sup> »Die Denkmalpflege schafft durch die Erhaltung der Denkmale einen Markt für Investoren, Architekten, Ingenieure, Restauratoren sowie klein- und mittelständische Unternehmen des Handwerks. Dieser Markt zeichnet sich wegen der laufend notwendigen Investitionen zur Denkmalerhaltung und wegen der personalintensiven Arbeitsbedingungen durch eine hohe Wirtschaftskraft und relativ sichere Arbeitsplatzbindung aus.« In der FAZ war im selben Jahr zu lesen:<sup>9</sup> »Einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge sind die Deutschen in ihrer überwältigenden Mehrheit Anhänger der Denkmalpflege. Fast neunzig Prozent der Befragten gaben an, im Zweifel solle bei der Sanierung von Innenstädten das historische Stadtbild erhalten und die Altbau-substanz restauriert werden. [...] Besonders erfreulich für die Auftraggeber der Studie, eine auf die Sanierung und Vermarktung von Altbauten spezialisierte Immobilienfirma aus Köln, dürfte die Erkenntnis aus der Umfrage sein, daß fast vierzig Prozent der Deutschen bereit wären, für eine Wohnung in einem restaurierten Altbau mehr Miete oder einen höheren Kaufpreis zu zahlen als für eine vergleichbare andere Wohnung.« Das hier schlummernde Potential ist in Sachsen noch immer gewaltig. 2006 teilte die Regierung mit:<sup>10</sup> »Der Sanierungsbedarf für die Baudenkmale im Freistaat Sachsen kann nicht beziffert werden. Es wird geschätzt, dass der Sanierungsbedarf der Baudenkmale differenziert nach Örtlichkeit im Bereich von 25 %, im Einzelfall bis zu 40 % liegt.«

Während in Dresden am Neumarkt der großflächige Aufbau einer neuen »Altstadt« in historisierenden Formen erfolgt, fallen ansonsten in den sächsischen Städten ganze Altbauquartiere. Dem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen »Zweiten Statusbericht der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost« ist zu entnehmen, dass inzwischen in vielen Altbauquartieren eine Abrisswelle in Gang gekommen ist, die an die Spätzeit der DDR erinnert. 14 000 Altbauwohnungen sind bereits beseitigt, darunter 1 000 in denkmalgeschützten



Gebäuden.<sup>11</sup> Jede fünfte Kommune sieht den Rückbauschwerpunkt bereits in ihren gründerzeitlichen Beständen, jede siebente in der historischen Altstadt. Das Landesamt für Denkmalpflege teilte im Sommer 2006 mit, dass in Sachsen mehr als 10 000 der erfassten Einzeldenkmale vom Abgang bedroht sind.<sup>12</sup> In den vergangenen 17 Jahren sind bereits 3 349 Baudenkmale abgetragen worden.<sup>13</sup> Verschwunden sind Einzeldenkmale und Ensembles von oftmals hohem Einzelwert aller Bauepochen, aus Spätklassizismus, Gründerzeit, Jugendstil, Klassischer Moderne, Art Decó, Neuer Sachlichkeit sowie der DDR-Moderne. Betroffen sind Wohnhäuser genauso wie Gesellschafts- und Industriebauten. In den Städten lösen sich denkmalgeschützte Quartiere auf. Allein in der Stadt Leipzig verschwanden seit der Wende 542 Einzeldenkmale (in Chemnitz 256). Einwohner klagen, dass sie in ihrer Stadt bereits die Orientierung verlieren, da die vertrauten historischen Ortsmarken verschwinden. Dramatisch ist die Situation auch auf dem Land. Der Verein für ländliche Bauwerke schätzt, dass in gut 15 Jahren nur noch jeder siebte der heute noch die Kulturlandschaft prägenden historischen Bauernhöfe stehen könnte.<sup>14</sup> Gefährdet sind nicht selten Höfe, die sogar den 30-jährigen Krieg überstanden haben. Zugleich entstanden im selben Zeitraum, in dem in Sachsen 75 000 Wohnungen gefördert abgebrochen wurden, 45 000 Neue.<sup>15</sup> Durch verfehlte bzw. fehlende politische Steuerung stehen Sachsens Städte und Dörfer vor einem weitreichenden Gesichts-, Identitäts- und Attraktivitätsverlust.

Abb. 1  
Bürgerdemonstration im April 2006 gegen Denkmalabriss in Leipzig vor der bedrohten kommunalen Wohnanlage Zerbster Straße (Baujahr 1923).

### Situation der institutionellen Denkmalpflege in Sachsen

Als Denkmale gelten in Sachsen im Sinne von § 2 Sächsisches Denkmalschutzgesetz Bauten und Ensembles, »deren Erhaltung wegen ihres geschichtlichen, künstlerischen, wissenschaftlichen, städtebaulichen oder landschaftsgestaltenden Bedeutung im öffentlichen Interesse liegt.« In seiner



Abb. 2  
Leipzig-Reudnitz, Köbiss-  
straße 11 (erbaut um 1900),  
wohlerhaltenes herrschaft-  
liche Wohnhaus im Stadt-  
teilzentrum abgebrochen im  
August 2006

Eröffnungsrede zum »1. Stadtumbaukongress des Freistaates Sachsen« am 20. November 2006 erklärte der für Stadtentwicklung und Denkmalpflege zuständige Innenminister Dr. Albrecht Buttolo das städtebauliche Ziel der Staatsregierung:<sup>16</sup> »In den kommenden Jahren geht es darum, die Stadtumbaukonzepte in den Innenstädten umzusetzen. Die demografische Entwicklung und die hohe Denkmaldichte in den sächsischen Städten bedingen, dass auch über den Rückbau von Gründerzeitvierteln nachgedacht werden muss.« 2008 ergänzte der Minister:<sup>17</sup> »Ein unbewohntes, unsaniertes Haus ist für den Eigentümer nur noch eine Last und hat nicht den erhofften Wert«. Eine Abrissförderung sei dann im Sinne der Stadt und des Eigentümers. Er strebe Regelungen an, die den Abriss ganzer Häuserzeilen oder ganzer Viertel mit unterschiedlichen Eigentümern ermöglichen. Auf die Frage<sup>18</sup> »Am Abriss von denkmalgeschützten Häusern gibt es schon lange Kritik. Der Bund will einen solchen Abriss künftig stark einschränken. Was halten Sie von der Idee?«, erklärte der Minister: »Nicht viel, weil sie an den Realitäten vorbeigeht. Gerade die ostdeutschen Kommunen brauchen diesen Spielraum, um die Probleme, die aus dem Wohnungsleerstand resultieren, in den Griff zu bekommen.«

Die zuständige Referatsleiterin im Innenministerium, Dr. Judith Oexle hat den aktuellen Politikansatz 2005 (damals noch als Landesarchäologin) in einem Referat ausgeführt:<sup>19</sup> »Wir müssen uns von dem Gedanken trennen, dass Denkmalpflege und die daraus abzuleitenden Arbeitsplätze in denkmalnahen Gewerken eine reale, innovationsbasierte Ökonomie zu ersetzen vermögen. Die beliebte Behauptung, dass gebaute Substanz identitätsstiftend sei, ist nur insoweit richtig, als sie das Sahnehäubchen auf einer wirtschaftlich und demographisch soliden Gesellschaft ist. (...) Auch Tourismus ist auf Dauer keine nachhaltige Ersatzindustrialisierung. (...) Wir müssen daher den überaus schmerzlichen Befund akzeptieren, dass wir nicht unsere komplette gebaute Umwelt – so z. B. die in Sachsen überaus zahlreich vorhandenen Industriedenkmale, Jahrhundertwendequartiere, Siedlungen der zwanziger Jahre erhalten werden können. (...) Aufgrund der Bauordnungen, einer sprunghaft ansteigenden Dokumentationsdichte ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts (...) sind unsere jüngsten Denkmale diejenigen, die am besten dokumentiert sind. Zudem sind die meist einphasig und damit kein geschichtlich über Jahrhunderte hochverdichtetes Zeugnis der Vergangenheit (...). mein Votum ist daher: Trennen wir uns vom Jüngsten, um das Ältere erhalten zu können.« 2007 konkretisierte sich dieser Ansatz im Entwurf einer Verwaltungsvorschrift zur Finanzierung von Sicherungsmaßnahmen an Baudenkmalen, wonach Sicherungsmaßnahmen nur noch förderfähig sein sollen:<sup>20</sup> »12.1.1 [...] an erhaltungswürdigen Gebäuden von herausragender kultur- und landesgeschichtlicher Bedeutung, die in der Zeit vor 1850 errichtet worden sind [...]«. Dieses Stichjahr begründete der Minister:<sup>21</sup> »Das Jahr 1850 hatten wir dadurch festgesetzt, dass wir gesagt haben, ab

diesem Zeitpunkt hat es wieder ein deutliches Wachstum in bestimmten Städten gegeben. Was industriell bedingt gewesen ist. Wenn sich die Städte aufgrund ihrer jetzigen und perspektivischen Situation verkleinern sollen müssen, dann sollte man auch an diesen Bereich wieder anknüpfen«. Dies erfolgt vor dem Hintergrund, dass mehr als 60% der Baudenkmale Sachsens in die Zeit nach 1870/71 datieren und nur knapp 30% der vorindustriellen Zeit vor 1830 zuzuweisen sind.<sup>22</sup>

Das sich aus dieser Politik ergebende Konfliktpotential mit der Denkmalpflege ist evident. Die Wahrnehmung ihres gesetzlichen Auftrags wird immer mehr zur Frage tatsächlicher Durchsetzungsfähigkeit. Denkmalpflege agiert dabei in dem Spagat aus ihrer Eigenschaft als Fachbehörde und der dienstrechtlichen Weisungsgebundenheiten als Vollzugsbehörde politischer Wahlbeamter. Das Landesamt für Denkmalpflege hat als reine Fachbehörde hier eine gewisse Sonderstellung. Über die Missachtung von Auflagen der Denkmalpflege gibt es keine Statistiken. Bekannt ist aber, dass etwa zwischen 2004 und dem ersten Halbjahr 2007 in Sachsen 68 illegale Denkmalsabbrüche erfolgten, die nur in 27 Fällen zu Ordnungsgeldern und einzig in Zwickau in 5 Fällen zu Strafzahlungen führten.<sup>23</sup>

Doch rechtswidrig handeln nicht nur Private. Im Zuge einer geplanten Straßenerweiterung sollte in Leipzig die Kleine Funkenburg abgebrochen werden, ein äußerst qualitätvoller und für seine Zeit monumentaler Bau aus dem Jahr 1850, dessen Innenausstattung in weiten Teilen original erhalten war.<sup>24</sup> Im Juli 2003 wurde der unteren Denkmalschutzbehörde die Weisung des Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bau mitgeteilt, dass mittlerweile die Entscheidung für den Abriss von der Verwaltungsspitze gefällt wurde, und dass nun alle weiteren Aktivitäten der städtischen Ämter auf der Grundlage dieser Grundsatzentscheidung zum Abriss vollzogen werden sollen. Im Nachgang dieser Entscheidung wurde versucht, das im Eigentum der städtischen Wohnungsbaugesellschaft stehende Gebäude auf Grundlage eines am 11. 8. 2003 eingereichten Abrissantrages abzureißen. Dem Landesamt wurde trotz mehrfacher Nachfrage der Abrissantrag nicht vorgelegt, obwohl es zur Stellungnahme verpflichtet war. Der Vorgang wurde dann auch nicht gem. § 4 Abs. 2 SächsDSchG an das Regierungspräsidium weitergeleitet, da mittlerweile eine offensichtlich gezielt herbeigeführte Verfristung eingetreten war. Eine vom Landesamt geforderte Rücknahme der so durch Fiktion eingetretenen Abbruchgenehmigung wurde seitens der Stadt abgelehnt. Der Abriss wurde jedoch auf Betreiben des Regierungspräsidiums zunächst ausgesetzt, um ihn dann später im Rahmen eines Planfeststellungsbeschlusses festzulegen. Das Landesamt war in diesem Verfahren zuständig für die fachliche Stellungnahme, in der es heißt: »[...] kann dem Kulturdenkmal eine überregionale Bedeutung bescheinigt werden. An der Erhaltung dieses wertvollen Kulturdenkmals besteht ein nachgewiesenes öffentliches Interesse«. Das Regierungspräsidium



setzte sich als Planfeststellungsbehörde jedoch einfach (und rechtswidrig) über die Bewertung des Landesamtes, als der für diese Bewertung zuständigen Fachbehörde, hinweg:<sup>25</sup> »Die Planfeststellungsbehörde vermochte die Einschätzung des Landesamtes für Denkmalpflege, dass es sich bei der ›Kleinen Funkenburg‹ um ein Baudenkmal mit überregionaler Bedeutung handelt, nicht zu teilen.«

2006 kämpften Leipziger Bürger u.a. mit einer Demonstration und einer Unterschriftensammlung gegen den Abbruch des Wohnensembles Zerbster Straße, einer Inkunabel des sozialen Wohnungsbaus aus dem Jahr 1923. Die im Eigentum der städtischen Wohnungsbaugesellschaft stehenden Gebäude sollten trotz Kaufangebot mit Fördermitteln abgebrochen werden. Nach anhaltendem öffentlichem Widerstand konnte die Abbrucherlaubnis schließlich durch das Regierungspräsidium wieder aufgehoben werden. Dessen Sprecher erklärte dazu:<sup>26</sup> »Die Stadt Leipzig hatte die Abbrucherlaubnis erteilt. Allerdings unterließ sie es, vorab das Einvernehmen mit dem Landesamt für Denkmalpflege herzustellen. Die Zustimmung des Landesamtes ist gesetzlich vorgeschrieben, deshalb mussten wir die Abbrucherlaubnis widerrufen.«

Die Stellung des Landesamtes wird dabei immer schwächer. 1998 wendete der Freistaat für das Landesamt noch 7,6 Mio. € auf (Sachausgaben 1,4 Mio. €, Personal 6,2 Mio. €). 2007 waren es nach stetigem Rückgang seit 2000 nur noch 3,97 Mio. € (Sachausgaben 0,26 Mio. €, Personal 3,7 Mio. €).<sup>27</sup> Seit 2007 steht sogar die Auflösung des Landesamtes insgesamt zur Diskussion. Noch im Jahr 2000 hatte die Regierung erklärt:<sup>28</sup> »Im Hinblick auf den Umfang des Kulturdenkmal- und des Personalbestandes [...] wurde Anfang der 1990er Jahre ein Stellen Soll [...] von ca. 100 (Lfd) durch das SMWK [Kultusministerium] für notwendig erachtet. Das Landesamt für Denkmalpflege (62 Planstellen) [...] haben bei weitem nicht diesen Personalbestand erreicht und müssen im Rahmen des Stellenabbaus bis 2003 Stellen abgeben. [...] Nach 50-jähriger Vernachlässigung stellte sich die Situation der Kulturdenkmale am Anfang der 1990er Jahre als sehr schwierig dar. [...] Nach zehn Jahren konnten 10 % dieser Denkmale [...] saniert oder gesichert werden. Hinzu kommt ein nicht unerheblicher Teil an Finanzmitteln für die staatlichen Kulturdenkmale, die [...] gefördert werden. Dies macht deutlich, dass auch weiterhin in erheblichem Umfang staatliche Fördermittel erforderlich sind.« 2007 hieß es

nun:<sup>29</sup> »Aus Sicht der Staatsregierung sprechen gegen den Erhalt des Landesamtes für Denkmalpflege als eigenständige Behörde die Ziele der Verwaltungs- und Funktionalreform. Angestrebt werden eine weitestgehende Abschaffung von staatlichen Sonderbehörden und die Bündelung verbleibender Aufgaben. Das Landesamt bildet mit 56 Beschäftigten (Stellensoll A 2006) eine relativ kleine Behörde.« Die Auflösung scheiterte im Januar 2008 (vorerst?) im Sächsischen Landtag.

Abgeschafft wird jedoch der bewährte dreistufige Aufbau der behördlichen Denkmalpflege. Noch 2008 werden die in den Regierungspräsidien bestehenden Referate weitgehend aufgelöst. Konflikte und Sachfragen sollen künftig durch allgemeine Sachbearbeiter auf niedrigerer Ebene selbst entschieden werden. Experten (u. a. in den Anhörungen des Landtages) befürchten wachsende Intransparenz und insgesamt eine Schwächung des Denkmalschutzes. In der FAZ hieß es dazu:<sup>30</sup> »Hessens Landeskonservator Gerd Weiß brachte dies in einer Anhörung des sächsischen Landtagsschusses für Wissenschaft und Kultur auf den Punkt: Die Idee ist genauso sinnwidrig, wie wenn man einem privaten Denkmaleigentümer das Recht einräumte, sich selbst eine Abrissgenehmigung auszustellen.« Ein ähnliches Vorhaben in Bayern wurde deshalb unlängst wieder gestoppt. Die funktionsfähigen Strukturen in den Regierungspräsidien werden überdies zerschlagen, bevor auf Ebene der Kommunen und Landkreise auch nur ansatzweise Strukturen geschaffen sind, die neuen Aufgaben zu übernehmen. 1995 hatte die sächsische Regierung noch selbst erklärt:<sup>31</sup> »Für die unteren Denkmalschutzbehörden besteht aufgrund der großen Anzahl der Kulturdenkmale und der bisher zunehmenden Bautätigkeit über Jahre hinweg eine steigende Arbeitsbelastung. Das zweifelsohne gegebene Engagement der Mitarbeiter der Behörden wird nur bis zu einer bestimmten Grenze den zunehmenden Arbeitsdruck auffangen können.«

Eine öffentliche Kontrolle innerbehördlicher Rechtsverletzungen und Organisationsdefizite ist weder gegeben, noch vorgesehen. So wurde die Staatsregierung im August 2007 im Landtag gefragt:<sup>32</sup> »Inwiefern ist es zutreffend, daß Mitarbeitern des Landesamtes für Denkmalpflege durch Dienstvorgesetzte »auferlegt«, »empfohlen«, »angeraten« oder in sonst einer ihren freien Willen einschränkenden oder ihn beeinflussenden Weise »nahegelegt« wurde, sich nicht in öffentlichen Diskussionen oder sich auf eine sonstige öffentlich wahrnehmbare Weise (z. B. mittels Leserbriefen) über die für die Zukunft dieses Landesamtes z. B. im Rahmen der Neuordnung der Sächsischen Verwaltung erwarteten strukturellen Veränderungen wertend oder auch überhaupt zu äußern?« Die Regierung antwortete: »Die Landeskonservatorin Frau Prof. Dr. Pohlack hat bei einer Zusammenkunft ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Mai 2007 in allgemeiner Form über deren Pflichten als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes belehrt. [...] Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben über Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch

Abb. 3

Leipzig, innere Nordvorstadt, ehem. Kammgarnspinnerei / Orsta-Hydraulik (erbaut 1934/36), wohlhaltener Industrie- und Atelierbau im Stil des Funktionalismus, gesprengt im Februar 2007



Abb. 4

Leipzig, innere Westvorstadt, Doppelhaus Friedrich-Ebert-Str. 81a/b (erbaut 1903/04), wegen seiner reichen, Formen der Spätgotik, Renaissance und des Jugendstils verbindenden Fassade Märchenhaus genannt (Dehio-Eintrag), abgebrochen im April 2006.



*gesetzliche Vorschriften vorgesehen oder vom Arbeitgeber abgeordnet ist, Verschwiegenheit zu wahren [...].«*

In der Leipziger Volkszeitung hieß es zur Umstrukturierung der Denkmalpflege:<sup>33</sup> »Man will es nicht glauben, dass dahinter Strategie steckt: Mit ihrer Tatenlosigkeit beim Streit um den Bau der Waldschlößchenbrücke in Dresden setzt sich auch die Staatsregierung über den von der UNESCO zertifizierten Denkmalstatus des Elbtals hinweg. Nun soll im Zuge der Verwaltungsreform das Landesamt für Denkmalpflege zu einer Leitstelle beim Regierungspräsidium Dresden herabgestuft werden. Und die Denkmalschutzreferate in den Regierungspräsidien stehen vor der Streichung von 27 Stellen. Es sieht aus wie eine Strafaktion, dafür, dass der Denkmalschutz oft im Wege ist: Beim Brückenbau, bei der Haussanierung, beim Stadtumbau. Entsprechend energisch formiert sich Widerstand. Nicht nur im Freistaat. Der Internationale Rat für Denkmalpflege ICOMOS mutmaßt in einem Brief an Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU), das Landesamt »soll offenbar als unabhängiger Anwalt des sächsischen Kulturerbes ausgeschaltet werden«. ICOMOS-Präsident Michael Petzet vermutet eine »Demontage der sächsischen Denkmalpflege«. [...] durch die Herabstufung des Landesamtes und die Entmachtung der Regierungspräsidien wäre die Denkmalpflege faktisch kommunalisiert. Das dürfte manchen Bürgermeister freuen, der Kraft seines Amtes eine vermeintlich alte Bude gegen ein Einkaufszentrum oder eine vierspürige Straße ohne großen Widerstand opfern kann.«

## Engagement der Bürger

Staatlich betriebene Denkmalvernichtung stößt auf wachsende Widerstände in der Bevölkerung. In Leipzig mußte diese erleben, wie zahlreiche Bauten abgebrochen wurden, für die keineswegs feststand, dass sie auf Dauer nicht zu halten sein würden.<sup>34</sup> Nie eingetretene Negativprognosen für einzelne innerstädtische Quartiere führten zu massiven Abbrüchen, wo schon heute wieder eine starke Nachfrage zu verzeichnen ist. Andererseits wurden erhebliche öffentliche Mittel in die Entwicklung und Aufwertung von randstädtischen Gebieten investiert, die heute zunehmend unter Leerstand leiden. 2004 gründete sich darauf das Stadtforum Leipzig<sup>35</sup> als ein Zusammenschluss von Vereinen, Initiativen, Verbänden, unabhängigen Fachleuten (Architekten, Stadtplaner) und Bürgern, um sich auf den Gebieten Stadtentwicklung, Städtebau, Architektur und Denkmalschutz gemeinsam zu engagieren. Neben dem Einsatz für den Erhalt konkreter Bauten werden Konzepte entwickelt, Strukturen in den historischen Quartieren zu verbessern und insgesamt dem Schutz und der Entwicklung der zukunftsfähigen und identitätsstiftenden Stadtstrukturen mehr Gewicht bei der öffentlichen Planung zu verleihen. Dabei ist mittlerweile aus einer anfänglichen Konfrontation gegenüber der Stadtverwaltung eine vielfältige Zusammenarbeit geworden, die sich auch auf die kommunale Wohnungsbau-gesellschaft erstreckt. Aktivitäten bestehen in intensiver Pressearbeit und einer Öffentlichkeitsarbeit auf Tagungen, Podiumsdiskussionen und bei Stadtrundgängen. Das Stadtforum fungiert als Ansprechpartner für Akteure (Verwaltung, Parlamente, Wohnungsunternehmen) auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Zu Stadtentwicklungskonzepten und bedeutenderen Planungsvorhaben erfolgen fachliche Stellungnahmen. Gemeinsam mit der Stadt Leipzig wird etwa an der regelmäßigen Fortschreibung des städtischen Gebäudesicherungsprogramms gearbeitet, dessen Einrichtung 2004 noch eine der Forderungen war. Weitere gemeinsame Projekte sind die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats, eines Programms für Freiwillige Helfer des Denkmalschutzes und die Gründung einer Leipziger Denkmalstiftung.

Dazu kommen weitere in Leipzig entwickelte und in der Praxis bewährte Konzepte. Der Verein Haushalten e. V. ([www.haushalten.org](http://www.haushalten.org)) vermittelt Hausbesitzer unsanierter städtebaulich wichtiger und/bzw. denkmalgeschützter Häuser an »Wächter«. Diese nutzen das Haus allein für die Betriebskosten, entlasten damit die Eigentümer und achten darauf, dass das Haus keinen weiteren Schaden nimmt. Mehrere Wächterhäuser konnten mittlerweile zur allseitigen Zufriedenheit von Hauseigentümern, Zwischennutzern, Stadt und Verein eröffnet werden (Vertragslaufzeit i. d. R. 5 Jahre). Der auf städtische Initiative hin gegründete Verein Selbstnutzer e. V. ([www.selbstnutzer.de](http://www.selbstnutzer.de)) unterstützt die Bildung von Bau- und Eigentümergemeinschaften zur Sanierung denkmalgeschützter Altbauten sowie

die Errichtung von privaten Stadthäusern in der inneren Stadt zur Stärkung der Altbauquartiere.

Nach Leipziger Vorbild haben sich mittlerweile auch in Chemnitz<sup>26</sup> (2006) und Freiberg<sup>37</sup> (2007) Stadtforen gegründet; Görlitz will 2008 nachfolgen. Außerhalb Sachsens sind besonders in Halle/S., Weißenfels und Altenburg spezielle Altstadtvereine aktiv. Sie alle entfalten vielfältige Aktivitäten und vernetzen sich untereinander.

**34** Zur Situation in Leipzig – Stand 2006 – siehe die Publikation: Stadtforum Leipzig (Hg.), Aktuelle Fragen und Probleme der Leipziger Stadtentwicklung. Leipzig 2006 ([www.stadtforum-leipzig.de/downloads/Broschuere\\_Stadtentwicklung.pdf](http://www.stadtforum-leipzig.de/downloads/Broschuere_Stadtentwicklung.pdf)).

**35** Näheres dazu unter: [www.stadtforum-leipzig.de](http://www.stadtforum-leipzig.de)

**36** <http://zschop.glas.hl-userS.com/stadtforum/>

**37** <http://freiberger-altertumsverein.de/forum/read.php?3,1978,1995>

#### Anmerkungen

- 1** LVZ v. 8. 1. 1990 »Volksbaukonferenz: Rettet Stadtregion! Mehr Baukapazität«.
- 2** Sächsischer Landtag, Drs. 2/0997.
- 3** Judith Oexle, Schrumpfende Ressourcen, weniger Menschen: Perspektiven der Denkmalpflege. Vortrag anlässlich des Symposiums »Nachdenken über Denkmalpflege« (Teil 4), Berlin, 2. 4. 2005, S. 2; siehe [www.kunsttexte.de/download/denk/sym4-oexle.pdf](http://www.kunsttexte.de/download/denk/sym4-oexle.pdf).
- 4** Daschner, Kristof: Was stabilisiert der »Stadtumbau Ost«? In: Magazin Städte im Umbruch 4 (2007), S. 57–61, hier S. 57.
- 5** Ebd.: bis 2000 über 40 Mrd. € öffentliche Modernisierungskredite an ostdeutsche Wohnungseigentümer.
- 6** Baden-Württemberg ca. 80 000; Bayern 110 000; Berlin 8 000; Brandenburg 30 000; Bremen 1 500; Hamburg 12 000; Hessen 65 000; Mecklenburg-Vorpommern 25 000; NRW 115 000; Saarland 6 000; Niedersachsen 90 000; Sachsen-Anhalt 30 000; Thüringen 35 000. – Angaben entnommen Sächsischer Landtag, Drs. 3/2544
- 7** Sächsischer Landtag, Drs. 3/3102.
- 8** Sächsischer Landtag, Drs. 4/6411.
- 9** Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26. 10. 2006 »Alle lieben Altbauten«.
- 10** Sächsischer Landtag, Drs. 4/6410.
- 11** Zweiter Statusbericht der Bundestransferstelle, BMVBS/BBR 2007, S. 33.
- 12** Sächsische Zeitung vom 8. 7. 2006 »Die Abrissbirne schwebt über Tausenden Denkmalen«.
- 13** Sächsischer Landtag, Drs. 4/11107.
- 14** Sächsische Zeitung vom 8. 7. 2006 »Die Abrissbirne schwebt über Tausenden Denkmalen«.
- 15** Aussage Dr. Karl-Heinz Gerstenberg (Grüne) in der Landtagsdebatte am 14. 12. 2007 (96. Sitzung Sächsischer Landtag)
- 16** [www.bauen-wohnen.sachsen.de/677.htm](http://www.bauen-wohnen.sachsen.de/677.htm) (Hg. v. SMI)
- 17** Leipziger Volkszeitung vom 18. 1. 2008 »Ein leeres Haus hat keinen Wert«.
- 18** Freie Presse vom 20./21. 2. 2008 »Kommunen brauchen beim Stadtumbau genügend Spielraum«.
- 19** Judith Oexle, Schrumpfende Ressourcen, weniger Menschen: Perspektiven der Denkmalpflege. Vortrag anlässlich des Symposiums »Nachdenken über Denkmalpflege« (Teil 4), Berlin, 2. 4. 2005, In: [kunsttexte.de](http://kunsttexte.de), Nr. 2, 2005, S. 5 f; siehe [www.kunsttexte.de/download/denk/sym4-oexle.pdf](http://www.kunsttexte.de/download/denk/sym4-oexle.pdf).
- 20** Entwurf Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Förderung der Städtebaulichen Erneuerung Im Freistaat Sachsen (Verwaltungsvorschrift Städtebauliche Erneuerung -VwV StBauE) – Stand: 31. 8. 2007.
- 21** MDR-Fernsehen, Artour »Der grosse Altbauabriss« v. 29. 11. 2007 (Sendeprotokoll siehe <http://freiberger-altertumsverein.de/forum/read.php?3,2001,2001>).
- 22** Oexle, Schrumpfende Ressourcen (wie Anm. 19), S. 3.
- 23** Sächsischer Landtag, Drs. 4/9282.
- 24** Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege vom 22. 3. 2004 im Planfeststellungsverfahren.
- 25** Planfeststellungsbeschluss des RP Leipzig v. 17. 12. 2004 für den Ausbau der B 87, Jahnallee zwischen Zeppelinbrücke und Elsterstraße und von Leibnitzstraße bis Rosentalgasse, S. 52–54.
- 26** Leipziger Volkszeitung v. 25. 8. 2006 »Abriss in Eutritzsch gestoppt«.
- 27** Sächsischer Landtag, Drs. 4/11108.
- 28** Sächsischer Landtag, Drs. 3/2545.
- 29** Sächsischer Landtag, Drs. 4/8773.
- 30** Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 27. 11. 2007 »In der Dreifalt liegt die Sorgfalt«.
- 31** Sächsischer Landtag, Drs. 2/997.
- 32** Sächsischer Landtag, Drs. 4/9537.
- 33** Leipziger Volkszeitung vom 4. 6. 2007 »Rettung für Sachsens Denkmalretter«.